

Oberhausen, 4.4.2007

Leserbrief zur Situation um die OGM und den Äußerungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Stefan Zimkeit, NRZ vom 2.4.2007

War es ehrliche Politik oder doch nur Doppelzüngigkeit, die die SPD auf dem Rathausplatz demonstrierte, als ihr Redner Michael Groschek gegen die geplante Änderung der Gemeindeordnung wettete? Während sie auf Landesebene gegen die falsche Politik des "Privat vor Staat" zu Felde zieht, sind offensichtlich auf kommunaler Ebene die Messer bereits geschärft, um weitere Teile der Belegschaft aus der öffentlichen Hand heraus zu säbeln, bzw. diesen Status festzuzurren.

Erinnern wir uns: „Privat vor Staat“ hieß vormals anders. Nämlich PPP. Publik Privat Partnership. Die WBO hat es getroffen. Sie wurde in Verantwortung der SPD, gegen die Stimmen der Grünen, teilprivatisiert. In dem Gefolge wurde, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, - von den MitarbeiterInnen dafür um so mehr - die Reinigungsflächen gänzlich an Privat vergeben. Das Prinzip "Privat vor Staat" läßt grüßen.

Inzwischen sind Teile der WBO der OGM eingegliedert. Und nun kommt die erfreuliche Nachricht. 660.000 Euro könnten im Bereich der Reinigung eingespart werden. Doch nicht nur das. Laut dem OGM Aufsichtsratsvorsitzenden Stefan Zimkeit (SPD) werde sogar noch zusätzliche Leistung erbracht. Alles für lau (spitze Anmerkung des Autors).

Toll, denken da der geneigte Leser und die Leserin. Endlich mal eine positive Meldung. Doch beim zweiten Hinsehen wird die Stirne kraus. Fragen stellen sich: Wieso nicht schon eher? Haben wir jahrelang zuviel bezahlt? Auf wessen Kosten geht das denn? Welche tariflichen Bedingungen sollen gelten, und schließlich, warum fließt die Knete erst am Jahresende?

Wenn Herr Zimkeit einerseits erklärt, es werde keine betriebsbedingte Kündigungen geben und gleichzeitig verlautbart - Zitat: „Oft genug werde das vorhandene Personal von der neuen Firma übernommen“ Zitatende, ist dies schon im Bereich des Zynischen und spricht zudem Bände. Ich habe übrigens nie von "betriebsbedingten" Kündigungen gesprochen. Das Wort stammt von Herrn Zimkeit und soll offensichtlich nur von anderen Möglichkeiten ablenken. Um Personal loszuwerden, muß nicht unbedingt "betriebsbedingt" gekündigt werden.

Meines Erachtens gibt es hier eine Menge Aufklärungsbedarf. Dumme Sprüche des OGM Aufsichtsratsvorsitzenden wie zum Beispiel "Die Grünen würden aus parteitaktischen Überlegungen die Betroffenen verunsichern" helfen da nicht weiter. Würde nicht über ein Personalabbau nachgedacht werden und bliebe im Bereich Reinigungspersonal alles so wie es ist, gäbe es folglich keine, wie Zimkeit entlarvend sagt, "Betroffenen".

Ich fordere die Verantwortlichen in der OGM auf, Transparenz zu schaffen. Oder ist es am Ende doch so? Schaufensterreden auf dem Rathausplatz und eine harte "Privat vor Staat"-Politik bei den Töchtern der Staat?

Herr Zimkeit sollte sich erklären, viele Fragen sind offen.

Freundliche Grüße

Manfred Lorentschat
Stadtverordneter der Grünen Ratsfraktion